



DIFFERENZ BEFÄHIGT ZUR GEMEINSCHAFT

Der Protestantismus als wichtiger Impulsgeber für Europa

IN DIESER AUSGABE:

Die europäische Politik
in der Diskussion

Die kapitalistische Stadt und
die Stadt als Ort der Hoffnung

Im März 1998 fand aus Anlass des 25. Jahrestags der Unterzeichnung der Leuenberger Konkordie in den Sitzungsräumen des Europaparlaments in Straßburg ein Treffen von Vertretern der Signatarkirchen und europäischen Parlamentariern statt. Thema war „Der Protestantismus als lebens- und gesellschaftsprägende Kraft in Europa“.

Das war eine mutige Ansage, denn im Bereich der Europäischen Union (EU) gehören nur knapp 15 Prozent der 500 Millionen Einwohner einer evangelischen Kirche an. Etwa die Hälfte der Europäer gehört zur römisch-katholischen Kirche; die Konfessionslosen halten sich mit den Protestanten in etwa die Waage.

Dennoch zeugte das gewählte Thema nicht nur vom Mut, sondern auch vom Realitätssinn der Veranstalter. In den vergangenen fünf Jahrhunderten wirkte der Protestantismus überall dort, wo er sich – und sei es als Minderheit – am Leben erhalten konnte, gesellschaftsprägend. Blickt man auf die EU, so kann man sagen, dass der bisherige Integrationsprozess der Form nach ähnlich verläuft wie die evangelischen Bemühungen um die Schaffung von Kirchengemeinschaft.

Zur Begründung dieser These muss man sich sowohl die Mentalitäten der Bürger als auch die Realpolitik in der EU genauer anschauen: Obwohl im Zusammenhang mit der Eurokrise das Fehlen einer stärkeren politischen Integration der EU-Mitgliedsstaaten häufig bedauert wird, wünscht sich niemand ernsthaft eine europäische Zentralregierung. Was gewünscht wird, sind klare Verbindlichkeiten, die einzelnen Staaten im Blick auf gemeinsame Herausforderungen die Unterstützung der Gemeinschaft zusichern, aber die Eigenständigkeit der Mitgliedsländer

in kulturellen und religionspolitischen Fragen, ja sogar in Fragen der Staatsorganisation unangetastet lassen. In Europa sollen weiterhin Republiken und konstitutionelle Monarchien nebeneinander existieren, es soll weiterhin laizistische Verfassungen neben Modellen der Kooperation zwischen Kirche und Staat geben, und auch Staatskirchen sollen möglich bleiben.

In der Vergangenheit versuchte die Politik einer Antwort auf die Frage nach dem Fernziel des europäischen Integrationsprozesses systematisch auszuweichen. Nie gab es eine klare Antwort auf die jeder neuen Vertragsrunde implizit gestellte Frage nach dem Ziel einer EU als Bundesstaat oder als Staatenbund. Der Weg hin zu einem Bundesstaat würde von den Mitgliedsstaaten den Verzicht auf elementare Souveränitätsrechte einfordern; die Grenze, die diesem Weg gesetzt ist, wurde vor einigen Jahren durch die Unmöglichkeit, in allen Mitgliedsstaaten eine gemeinsame europäische

Verfassung zu ratifizieren, deutlich sichtbar gemacht.

Der bisher erfolgreiche Weg zur europäischen Integration führt über vertragliche Vereinbarungen, in denen die Mitgliedsstaaten Aufgaben definieren, auf deren hoheitliche Ausübung sie verzichten, um sie den Instanzen der EU zu übertragen. Das Handeln der EU-Instanzen bleibt dabei rückgebunden an die Regierungen der Mitgliedsstaaten, denn diese sind über den Europäischen Rat und den Ministerrat direkt an Entscheidungen beteiligt. Ein Handeln der EU-Kommission als oberster Verwaltungsbehörde an diesen Gremien vorbei ist nicht möglich.

Den europäischen Protestanten ist diese Form der Gemeinschaftsbegründung vertraut. Nicht nur die Evangelische Kirche in Deutschland funktioniert seit über sechs Jahrzehnten nach diesem Prinzip, auch die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa, die aus der Leuenberger Kirchengemeinschaft hervorgegangen ist, folgt dieser Linie.

Diese Gemeinsamkeiten zwischen den evangelischen Kirchen und den säkularen Staaten Europas legen es nahe, dass die Staaten im Blick auf ihr Ziel einer verbindlichen Gemeinschaft einiges von den Protestanten lernen können.

Der Einigungsprozess der evangelischen Kirchen in Europa kann die europäischen Staaten lehren, dass Einheit keine notwendige Bedingung für Gemeinschaft ist. In den ökumenischen Dialogen mit der römisch-katholischen Kirche widersetzen sich die evangelischen Vertreter dem katholischen Wunsch nach „sichtbarer Einheit“ und bieten als Alternative das Ziel einer „versöhnten Verschiedenheit“ an, die sie selbst durch die Unterzeichnung der Leuenberger Konkordie seit 1973 praktizieren. Im Kern wird in diesem Dokument geregelt, dass Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft auf der Grundlage eines gemeinsamen Verständnisses des Evangeliums ausreichend sind für die Erklärung von Kirchengemeinschaft.

Das Ziel der versöhnten Verschiedenheit führt zur Erkenntnis, dass gewollte und geförderte Vielfalt letztlich mehr Integrationswillen bei den Mitgliedern einer Gemeinschaft freisetzt als erzwungene Uniformität. Ungarische Reformierte und schwedische Lutheraner mögen sich genauso fremd sein wie laizistisch denkende Franzosen und polnische Katholiken. Deshalb ist es gut, wenn sie nicht von einer zentralen Instanz regiert werden, sondern ihre Angelegenheiten selbstständig regeln können. Aber obwohl sie so unterschiedlich sind, steht einer engeren Gemeinschaft bei Dingen, die sie miteinander tun können, nichts im Wege.

Vive la différence! Das ist die Lektion des Protestantismus für Europa.
Martin Schuck



40 Jahre Leuenberger Konkordie: Gemeinsamer Festgottesdienst von Vertretern evangelischer Kirchen Europas im Berliner Dom. (Foto: epd)

EDITORIAL

Das Interesse an Europa hat spürbar zugenommen. Die Frage „Wofür steht Europa?“ hat das Alte Kaufhaus bei den Landauer Akademiegesprächen an vier Abenden gut gefüllt. Offenbar wird immer mehr Menschen klar, dass sich das Thema nicht mit ein paar Klischees über den Krümmungsgrad von Bananen und das vermeintliche Bürokratiemonster in Brüssel abtun lässt.

Vor allem die Finanz- und Schuldenkrise hat das Bewusstsein geschärft, dass sich in der globalisierten Welt viele Herausforderungen nur auf transnationaler Ebene lösen lassen – und dass wir noch weit davon entfernt sind, über die richtigen, demokratisch legitimierten Instrumente zu verfügen. Die Spannungen in der Ukraine zeigen, wie fragil das Friedensprojekt Europa ist. Das Gespenst des Krieges ist nicht tot – auch wenn es uns manchmal vorkommt, als gehöre der Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren in ein anderes Zeitalter. Die Pest des europäischen Nationalismus flammt immer wieder auf: in der Ukraine, in Russland, aber auch in Mitteleuropa. Die Schweiz schottet sich ab. In Frankreich gewinnt der Front National an Boden. In Deutschland geht nicht nur die rechtsradikale NPD auf Stimmenfang, sondern auch die europakritische AfD.

Die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Engagements für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Menschenrechte gewinnt an Plausibilität. Die Entscheidung der europäischen Parteienfamilien, Martin Schulz und Jean-Claude Juncker als Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zu be-



Akademiedirektor Christoph Picker.

nennen, personalisiert die Europa-wahlen grenzübergreifend. Das ist gut so. Europa ist eine Sache der Bürgerinnen und Bürger – und es ist eine Sache der Protestantinnen und Protestanten. Die Reformation war ein europaweites Geschehen, das weltweite Dynamik entfaltet hat. Der Protestantismus hat keine zentralistische Weltkirche ausgebildet. Aber er bildet ein globales Netzwerk miteinander verschwisterter Kirchen.

Die Akademie wird Europa weiter zum Thema machen. Die europäische Dimension des Protestantismus verdient mehr Aufmerksamkeit. Für die pfälzische Landeskirche gibt es mit Partnerinnen in Frankreich, England und Osteuropa genug Anknüpfungspunkte. Als nationale Angelegenheit wäre das Christentum jedenfalls gründlich missverstanden.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Als Einrichtung der Evangelischen Kirche der Pfalz ist die Akademie der Landessynode rechenschaftspflichtig. Zur Frühjahrstagung 2014 legt sie einen Bericht vor. 2013 besuchten 4629 Personen 120 Akademieveranstaltungen, davon 40 mehrtägige. Die Akademie verfügt neben dem Direktor über zwei fest angestellte wissenschaftliche Studienleiter und zwei Verwaltungsstellen. Das Budget betrug 423 800 Euro. Davon erwirtschaftete die Akademie 132 600 Euro selbst. Auf die Akademie-Homepage wurde 30 000 Mal zugegriffen. Der Newsletter zählt 1850 Abonnenten. Die „Protex-te“ sind nach wie vor die auflagenstärkste Akademiezeitung Deutschlands. Der komplette Bericht steht unter www.evpfalz.de.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protex-te.

VERSTEHEN UND VERZEIHEN

Georg Wenz beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit Osteuropafragen. In Zusammenarbeit mit der Universität Landau, der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, der Universität Opole (Oppeln) und der Universität Olomouc (Olmütz) behandelt er Fragen der europäischen Erinnerungskultur. Eine Langfassung des folgenden Beitrags erscheint in dem von Siegmund Schmidt herausgegebenen Band „Auf dem Weg zur Normalität? Bilanz und Ausblick der deutsch-polnischen Beziehungen“.

Zu den Lernprozessen mit polnischen, deutschen und tschechischen Studierenden gehörte die Wahrnehmung der Verfolgungsgeschichte der drei Völker. Die Historikerin Bettina Alavi beobachtete Folgendes: „Den Beginn der Verfolgungsgeschichte verbanden die Studierenden aus Tschechien mit dem Jahr 1938, also mit dem Münchner Abkommen, in dessen Folge das Sudetenland an das Deutsche Reich angeschlossen wurde und eine große Anzahl von tschechischen Bürgern die nun deutschen Gebiete verlassen musste. Die Teilnehmer der polnischen Gruppe hatten in ihrem kollektiven Gedächtnis das Jahr 1939, also den Kriegsbeginn, verankert, in dessen Folge die Deportationen, die Um- und Ansiedlungen größerer Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel im Warthegau, begannen. Die deutschen Teilnehmer fokussierten sich auf das Kriegsende 1945, als die deutsche Bevölkerungsgruppe Tschechien und Polen verlassen musste.“

Diese unterschiedlichen kollektiven Gedächtnisse rufen die Frage einer inklusiven Erinnerungskultur hervor. Kann auf die Erfahrungen gemeinsam europäisch reagiert werden? Die Seminarergebnisse legen nahe, Geschichtsverlauf und Geschichtserleben, Geschichtsschreibung und Geschichtsentradierung zusammenzuführen, geschichtspolitische Entscheidungen und Reglementierungen mit Widersprüchen und Brüchen zu konfrontieren, kollektive Zuschreibungen und individuelles Selbstverständnis miteinander in Beziehung zu setzen, Erinnerung und Vergessenem nachzuspüren, Selbstversicherungen und Distinktionen zu hinterfragen, persönliche Schuld von politischen Legitimationsversuchen zu entkleiden und die Schwellen zur Inhumanität herauszuarbeiten.

In der Gesamtschau der Seminare zeigt sich, dass die heutige Generation der Studierenden länderübergreifend denkt, agiert und internationale Erfahrungen sammelt. Studienprogramme, die einen Austausch ermöglichen, Partnerschaften zwischen Universitäten, Projekte, die Studierende zusammenbringen – all dies legt den Grundstein zu einer Verständigung, deren Normalität es ver-

kraftet, mit den Gräueltaten, den Zerstörungen und dem Leid der Vergangenheit belastet zu werden.

Doch in welchem Verhältnis stehen „verstehen“ und „verzeihen“?

**Versöhnung
verlangt nach
externer
Vergebung
durch ein
Gegenüber.**

Die Beobachtungen legen nahe: Es geht nicht so sehr um ein Verzeihen. Die junge Generation hat sich gegenseitig keine nennenswerten Verletzungen zugefügt. Im Gegenteil: Sie genießt Internationalität als Normalität und will weder deren Freiheiten noch deren Chancen aufs Spiel setzen. Deshalb trifft der theologische Begriff der Versöhnung besser zu als der des Verzeihens. Mit Versöhnung greifen die Generationen in die Zukunft, bahnen Wege der noch intensiveren Verständigung und des noch engeren Zusammenlebens an.

Versöhnung geschieht nicht nur etymologisch unter Rekurs auf Sühne und damit auf eine innere Läuterung. Diese verlangt in ihrer klassischen Form, dem theologischen Bogen von Schuldkenntnis und Reue, die externe Vergebung durch ein Gegenüber. Damit verbunden sind sowohl moralische Kategorien wie Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und Integrität als auch existenziale wie Scham. Diese sind auf das Gegenüber gerichtet. Versöhnung vollzieht sich interpersonal und verweist darin auf ein Kriterium für die zugrunde liegende Erinnerung. „Erinnern, das heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit“, so Richard von Weizsäcker in seiner Rede vom 8. Mai 1985. Solche Wahrhaftigkeit, die essenziell auf den anderen gerichtet ist, drängt auf die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern und auf die Einhaltung politischer Abkommen. Schuld eingeständnisse und Entschädigungen bilden den Rahmen, um zugefügtes Leid zu lindern. Doch es fällt der persönlichen Begegnung zu, der Zusammenarbeit in Freiwilligendiensten und Städtepartnerschaften, dem Jugendaustausch und der länderübergreifenden akademischen Ausbildung, unter Ansehung der gerissenen Wunden und ihrer Narben Vertrauen ineinander aufzubauen und an einer versöhnten Zukunft zu arbeiten.

Ich möchte beginnen mit einigen Gedanken über Führung in Europa. Die Europäer haben Führungsqualitäten und den Willen, diese auch zu gebrauchen. Unsere demokratischen Gesellschaften und freien Marktwirtschaften requirieren und inspirieren Führung. Die Europäer möchten sich beteiligen und nach Lösungen für konkrete Probleme suchen. Das ist meine Erfahrung in der Begegnung mit Europäern: Studenten, Akademiker, Politiker, Repräsentanten kleiner und großer Unternehmen. Es mangelt ihnen nicht an Vorschlägen für Lösungen.

Verantwortungsbereitschaft, Mut und Kreativität im Zusammenhang mit Bildung, Erfahrung und Wissen sind die Quellen von Exzellenz und Führungsqualität vieler Europäer. Obwohl Europa uns alle angeht, verstehen die Engagierten Europa besser. Sie profitieren von EU-Programmen und suchen nach Partnern innerhalb der EU. Sie verstehen, dass wir verbunden sind – nicht mit Gewalt, sondern mit gemeinsamem Willen und gemeinsamen Werten.

Deutschland liegt in Europa. Aber Deutschland ist nicht der Hegemon Europas. Als Präsident des Europaparlaments habe ich gesehen, wie die Europäer Politik machen: durch diskutieren, Kompromisse eingehen, Allianzen schmieden – aber nicht durch dominieren, weder durch Deutschland noch durch einen anderen Staat.

Eine Hegemonie innerhalb Europas ist nicht kompatibel mit den Quellen der europäischen Integration. Unsere politischen Wege, wie wir Entscheidungen fällen, und unsere gesetzlichen Instrumente vermeiden Hegemonie. Die meisten Entscheidungen, und mit Sicherheit die wichtigsten, können nur im Konsens getroffen werden.

Unsere derzeitigen Debatten über Europa sind geprägt von den Anfragen, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gestellt werden. Aber wir können klar sagen: Diese Krise wurde weder durch die europäische Integration noch durch die europäischen Institutionen verursacht. Einige Mitgliedsstaaten handelten verantwortungslos, einige Banken machten kostspielige Fehler. Aber die Krise brach nicht wegen der EU aus.

Was Europa braucht, ist die Sicherheit, dass unsere Gesetze respektiert werden. Wir haben alle legalen Werkzeuge, die wir brauchen: mehr Zusammenarbeit in der Eurozone, Fiskalpakt und Finanzaufsicht, eine effektive Zentralbank und eine Bankenunion. Diese Werkzeuge können genutzt werden. Und sie werden unterstützt vom Europaparlament,

Einfluss nationaler Entscheidungen auf andere Mitgliedsstaaten muss mitbedacht werden.



Preisgekrönter Europapolitiker: Jerzy Buzek (Mitte) mit Ursula von der Leyen und Nikolaus Schneider in Heidelberg. (Foto: epd)

HEGEMONIE VERMEIDEN

Jerzy Buzek über Deutschlands führende Rolle in Europa

Jerzy Buzek, Ministerpräsident Polens a.D. und Präsident des Europäischen Parlaments a.D., sieht die Kraft der europäischen Integration in der Fähigkeit der Europäer begründet, Herrschaftsgelüste einzelner Nationen zu überwinden, aber dennoch Führung zu ermöglichen. Wir veröffentlichen seine auf Englisch vorgetragenen Ausführungen beim Landauer Akademiegespräch am 16. Januar 2014 zum Thema „Deutschland in Europa – Hegemon wider Willen“ redaktionell gekürzt in eigener Übersetzung.

den direkt gewählten Repräsentanten der europäischen Bürger.

Aber diese Werkzeuge allein reichen nicht. Wir müssen ebenso wieder unsere Werte zur Grundlage unseres Handelns machen. Wieder einmal müssen uns unsere gemeinsamen Werte Verantwortung, Solidarität und Demokratie die Richtung zeigen: verantwortungsbereit im Suchen nach nationalen Interessen, solidarisch im Suchen nach unseren gemeinsamen Interessen und demokratisch im Hören auf die Anregungen der europäischen Bürger. Da komme ich zur Frage: Was erwartet Europa von Deutschland?

Ich erwähnte schon die Werkzeuge, die wir geschaffen haben, um die gegenwärtige Krise zu bekämpfen und künftige zu verhindern. In diesem Prozess haben einige auf die dominante Rolle Deutschlands hingewiesen. Das erinnert mich an die Argumente, die wir oft zuhause von Politikern hören: Brüssel diktiert, Brüssel fordert.

Als ehemaliger Präsident des Europaparlaments kann ich klar sagen, dass Brüssel nur das tun kann, was die Mitgliedsstaaten zu tun erlauben

und dem das direkt gewählte Europaparlament zustimmt. Brüssel sind wir alle!

Deutschland als größte Volkswirtschaft profitiert stark von der Integration, und ein Kollaps der EU würde Deutschland am meisten schaden. Deutschland darf seine Führungsrolle nicht aufgeben; es soll nicht dominieren, aber in Reformfragen anführen.

Führung bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. Es bedeutet nicht, nationale Interessen zu vergessen, aber sehr wohl zu bedenken, welchen Einfluss diese auf andere Mitglieder der Gemeinschaft haben und dies bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

In den 1990er Jahren wurde viel darüber geredet, dass die Deutschen über europäische Interessen sprechen, aber eigentlich deutsche Interessen meinen. Später hörten wir, dass die Deutschen sich so weit emanzipiert haben, dass sie offen über deutsche Interessen sprechen. Ich wünsche mir, Deutschland über beides offen sprechen zu hören: über seine nationalen und über die gemeinsamen europäischen Interessen. Ich wünsche mir auch, dass solche Reflexionen von den europäischen Bürgern vor Entscheidungen mitdiskutiert werden können.

Das ist meine Vorstellung von Führung, wie sie von Deutschland wahrgenommen werden muss. Aber das ist ein Lernprozess für uns alle, nicht nur die sogenannten neuen Mitgliedsstaaten. Kein Land der EU kann als ein fertiges Modell für die anderen gelten. Es ist nicht sehr vernünftig, andere europäische Staaten zu zwingen, die deutsche Wirtschaftspolitik nachzuahmen, schon allein, weil diese auf Pfeilern wie Exportorientierung beruht, die von anderen Ländern nicht einfach übernommen werden können.

Schließlich sehe ich noch eine weitere Quelle, wo Deutschland Vorbild sein kann. Deutschland hat seinen Teil der Verantwortung für die Tragödien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts übernommen. Ohne die deutsch-französische Aussöhnung hätte es nach dem Zweiten Weltkrieg keine Vereinigung Westeuropas gegeben. Und ohne die deutsch-polnische Aussöhnung wäre Europa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht wiedervereinigt worden. Europa kann heute mit beiden Lungen atmen; das ist eine große Errungenschaft, und Deutschland steht in ihrem Zentrum. Und genau deshalb bleiben die europäischen Erwartungen an Deutschlands Führungsrolle groß.

Seit Beginn des industriellen Zeitalters hat eine allgemeine Urbanisierung eingesetzt. Mehr als 50 Prozent der Menschheit leben heute schon in Städten, und monatlich kommen Millionen hinzu. Beginnt die „schöne, neue Welt“ in Mexico City, Chungking oder Sao Paulo? Oder beginnt die ökologische Katastrophe unseres Planeten mit diesen städtischen Krebsgeschwüren? Ist Megalopolis eine Hoffnung auf das gute Leben oder eine Apokalypse des selbst verschuldeten Untergangs der Menschheit? Im Mythos gesprochen: Arbeiten wir in Babylon an unserem eigenen Gefängnis, oder nehmen wir das himmlische Jerusalem der Freiheit vorweg, wenn wir solche modernen Städte bauen und in ihren Möglichkeiten leben wollen?

Das Wort „Stadt“ mit seinen bekannten, europäisch geprägten Bildern reicht nicht mehr aus. Schon eine amerikanische „City“ ist etwas anderes: Statt eines Zentrums mit Marktplatz, Rathaus und Kirche hat sie eine „main street“, einen „broadway“ oder gar kein Zentrum wie Los Angeles. Die asiatische Megalopolis wie Chungking oder Seoul gleicht mehr einer Hochhaus-Ansammlung als dem, was wir eine „Stadt“ nennen. Die afrikanische Megalopolis weist riesige Slum-Gebiete auf; sind sie saniert, entstehen neue; ein Moloch, der Land und Leute frisst.

Man muss also unterscheiden zwischen einer Stadt im ehemaligen kleinstaatlichen Deutschland wie Ludwigshafen oder Tübingen, einer zentralen Euro-Stadt wie Paris, London oder Madrid und jener globalisierten World-City wie Peking, Seoul, Sao Paulo oder Lagos.

Welches Schicksal hat die kapitalistische Stadt, mit der wir es weltweit zu tun haben? Sie umfasst das produktive Ludwigshafen ebenso wie das konsumfreundige Mannheim wie auch die etwas abgehobene akademische Welt Heidelbergs (auch die Universität muss sich heute „rechnen“). Ich glaube, es geht heute darum, diese kapitalistische Stadt zu demokratisieren und in ihr „Gleichheit – Freiheit – Brüderlichkeit“, wie ich mit Absicht umstelle, durchzusetzen, damit in ihr menschenwürdig und naturgerecht und zukunfts-offen gelebt werden kann. Demokratie ist in der Stadt entstanden und ist die urbane Lebensform.

Um die kapitalistische Stadt mit ihren ungeahnten Möglichkeiten zur Gerechtigkeit und zur Ungerechtigkeit zu demokratisieren, brauchen wir Zukunftsaussichten: „Wo es keine Visio-

nen mehr gibt, verdirbt das Volk“ (Sprüche 29, 18). Dann erlischt die Hoffnung auf Gerechtigkeit und es erlahmt der Widerstand gegen das Unrecht. Eine dieser Visionen, die sich tief im Bewusstsein christlicher Völker eingegraben hat, ist die biblische Vision der himmlischen Stadt auf Erden, aus den Erfahrungen des Exodus und der Auferstehung geboren.

Es begann in einem Garten – Eden –, und es endet in einer Stadt – dem himmlischen Jerusalem. Das himmlische Jerusalem, das auf die Erde kommt, ist eine Gartenstadt, eine Einheit von Kultur und Natur, die Bäume des Lebens stehen auf beiden Seiten des Stromes mit dem Wasser des Lebens, die Stadt Gottes schließt nachts ihre Tore nicht, sie ist gastfrei, das neue Jerusalem hat keine Tempel, denn die Herrlichkeit Gottes ist ihr Licht und erleuchtet jeden Menschen.

Das ist die messianische Vision des Friedens Gottes, der Menschen und der Natur in der Fülle des Lebens. Sie wurde humanistisch am Beginn der bürgerlichen Revolution mit „Brüderlichkeit“ gekennzeichnet: „Alle Menschen werden Brüder“; die „Schwestern“ sind selbst dazugekommen, aber es geht gar nicht um ein erweitertes Familienleben, sondern um Freundschaft in einer freundlicheren Welt. Es geht um die gastfreundliche Stadt und die offene Nachbarschaft in gegenseitiger Hilfe und um den „offenen Himmel“.

Als im 19. Jahrhundert die Eisenbahnen gebaut wurden, entstanden überall die gleichen Bahnhöfe – von Victoria Station in London bis zum Lehrter Bahnhof in Berlin. Heute gleichen sich die Flughäfen wie ein Ei dem anderen. Man sieht nicht, wo man angekommen ist. Dann fahren einen die gleichen Taxis in die gleichen Hotels, und man ruht weltweit in den gleichen Betten. Es sind ja die globalen Hotelketten. Die neuen Hochhäuser gleichen sich, denn sie sind von denselben internationalen Architekten gebaut. In Kaufhäusern verdrängen die bekannten Weltmarken wie Armani, Vuitton und Boss die einheimischen Produkte. Im Fernsehen läuft überall CNN. Alle benutzen ein schlechtes Englisch. Es hat sich eine globale Einheitskultur etabliert, die lokale Kulturtraditionen verdrängt oder zur Folklore erniedrigt. Den globalisierten Touristen werden lokale Tanzgruppen und Gesangsvereine vorgeführt.

In den großen Städten muss alles jederzeit verfügbar sein: Erdbeeren zu Weihnachten und Spargel im Herbst.



Gegensätze prägen das Gesicht der Stadt Ludwigshafen: Die neu errichtete Rhein-Galerie und im Hintergrund die im 19. Jahrhundert gegründete BASF.

(Foto: Kunz)

DIE KAPITALISTISCHE STADT UND DIE STADT ALS ORT DER HOFFNUNG

Jürgen Moltmann über den Zusammenhang von Religion und Urbanisierung

In seiner Jugend erlebte Ernst Bloch die Doppelstadt Ludwigshafen-Mannheim als „ungleichzeitiges Zugleich“: „Hier die Badische Anilin- und Soda-Fabrik, der Kern von I. G. Farben. – Drüben lag das Schachbrett der alten Residenz, heiter und freundlich gebaut.“ „Dennoch“, so Bloch, „hat Ludwigshafen gegen den Typ Mannheim das ehrlichere Gesicht.“ Der emeritierte Tübinger Theologieprofessor Jürgen Moltmann stellte in seinem Vortrag bei der Tagung

Die Freiheit des urbanen Menschen besteht darin, jederzeit alles haben zu können. Und alle Restaurants dieser Welt stehen ihm zur Verfügung. Die Weltstadt bietet alles, was die Welt produziert: „Alles ist möglich“, verspricht die globalisierte Stadt.

Aus der grünen Bewegung kennen wir den Slogan: „Denke global – handle lokal.“ Das kann man auch auf Essen und Trinken anwenden: „Iss und trink saisonal und lokal.“ Bleibe beim Einkauf in der Region. Auch in der Weltstadt kann man der Natur entsprechend

leben, man muss es nur wollen. Die globale Einheitskultur muss die lokalen Kulturtraditionen nicht verdrängen, sondern kann sie auch zur Begegnung und zum fruchtbaren Austausch bringen. Dafür aber müssen die Regionen und ihre Traditionen mit neuem Selbstbewusstsein gegenüber dieser langweiligen globalen Einheitskultur erwachen.

Vor 40 Jahren vertrat mein Freund Harvey Cox die These, dass die Säkularisierung der modernen Menschen mit ihrer Urbanisierung zusammen ginge: „The secular City“ hat keine Tempel!

„Die Stadt als Ort der Hoffnung“, die die Evangelische Akademie Pfalz am 1. September 2013 gemeinsam mit dem Protestantischen Kirchenbezirk Ludwigshafen und dem Ernst-Bloch-Zentrum veranstaltet hatte, die überschaubare und heimatliche europäische Stadt der monströsen, grenzenlosen und chaotischen World-City gegenüber und konstatierte darin ein neues „ungleichzeitiges Zugleich“. Wir dokumentieren eine gekürzte Fassung seines Vortrags.

Er hat sich vor zehn Jahren korrigiert und ein Buch über „Religion in the secular City“ geschrieben. Er hat recht daran getan. Religion verschwindet nicht mit der Urbanisierung, sie wandelt sich mit den Menschen.

Das frühe Christentum war eine ausgesprochene Stadtreligion. Es ist nicht aus einer Naturreligion einer Landbevölkerung hervorgegangen, sondern es ist in Jerusalem entstanden und breitete sich, wie die Briefe des Apostel Paulus zeigen, in den Städten des Mittelmeerraumes aus. Menschen wurden

aus Überzeugung Christen, nicht aus Tradition oder Ehrfurcht vor der Natur. Das frühe Christentum hatte auch keine Beziehungen zu den Naturfesten der Landbevölkerung.

Die Reformation wurde von Fürsten und Städten getragen. In Oberdeutschland war der Protestantismus eine Stadtreligion. Zürich, Straßburg und Genf organisierten die Reformation der Kirchen und Schulen in den Städten. Luther und Melancthon sind die beiden Väter des lutherischen Protestantismus. Die Reformation war auch eine

Sozialreform: Statt guter Werke und Almosengeben wurden die Armen in die Sozialstruktur der Stadt aufgenommen. Zürich war dafür Vorbild.

Seit dem 19. Jahrhundert und in den Migrationsbewegungen in den Industriezentren verloren der Milieukatholizismus und die protestantische Familieneintradition ihre Prägestärke. In den Städten werden die Bindungen lockerer, die Wahlfreiheit nimmt mit der Fülle der Möglichkeiten zu. Also entstehen in der Stadtbevölkerung freiwillige Religionen. Die Subjektivität bestimmt den Glauben. Das sind in England Baptisten und Methodisten, in den deutschen Landen die pietistischen Gemeinschaften. In katholischen Ländern verdrängt der Laizismus die Hierarchie aus dem öffentlichen Leben. Der persönliche Glaube tritt an die Stelle der traditionellen Zugehörigkeiten. Man gehört nicht mehr kraft Kindertaufe zu einer Kirche, sondern entscheidet selbst. Damit nimmt die Quantität der Kirchenmitglieder ab, aber die Qualität des gelebten Glaubens zu – vielleicht.

Menschen, die heute erfolgreich sein wollen, müssen mobil und flexibel sein. Dafür lösen sie die traditionellen Beziehungen auf, aus Familien werden Single-Haushalte, Kinder kommen schon früh in die Kindertagesstätten. Aus solchen Befreiungen entstehen aber auch Vereinzelungen und aus Vereinzelungen im Alter Einsamkeiten. Vereinzelung ängstigt auch und lässt die Lebenswelt kleiner werden. Also wächst der Wunsch nach verlässlichen Verhältnissen, die nicht einengen. Eine offene christliche Gemeinde bietet verlässliche Teilhabe und persönliche Freiheit. Solche Gemeinschaften sind für einen Stadtverband notwendig.

Da ist auch noch ein anderer Gesichtspunkt: Die Schere von Arm und Reich geht trotz aller sozialen Bemühungen weiter auseinander, wie der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt. Die Alternative zur Armut ist aber nicht Reichtum, sondern die Alternative zu Armut und Reichtum ist – Gemeinschaft. Man kann in Armut leben, wenn sie gemeinsam getragen wird, wie wir es in den Hungerjahren nach dem Krieg erlebt haben. Erst die Ungerechtigkeit macht die eigene Armut zur Qual. Erst die Aufkündigung der Gemeinschaft durch Steuerflucht erregt den gerechten Zorn des Volkes. Hört die Gleichheit auf, hört auch die gegenseitige Hilfe auf, die einen gewinnen, und die anderen verlieren im sozialen Kampf ums Dasein.

An beiden Stellen sind Kirchengemeinden gefragt: Eine offene Gemeinde hat als ihren Lebensstil die Gastfreundschaft. Eine offene Gemeinde ist auch ein Ort, an dem alle Menschen gleich sind. Reichtum und Armut, Tüchtigkeit und Behinderung bestimmen nicht den Wert eines Menschen. Jede Frau und jeder Mann werden in ihrer Menschenwürde ernst genommen. Die moderne Konkurrenzgesellschaft verbindet. In den wachsenden Ungleichheiten der Konkurrenzgesellschaft wird es zunehmend wichtiger, Kontrastgesellschaften zu schaffen.

In vielen Städten gehören für die Kirchen Gemeindegarbeit und Stadtteilarbeit zusammen. Damit gehören auf die eine Seite die Beteiligung an Bürgerversammlungen und Bürgerinitiativen, auf die andere Seite die „Tafel“ und Wärmeräume für Arme und Obdachlose, Lebenshilfen und Hospizbegleitungen. Beides setzt eine offene Gemeinde mit Betonung auf Gastfreundschaft und gute Nachbarschaft voraus. Wenn Kirchengemeinden am Leben der Stadt teilnehmen, treffen sie auch auf andere Religionsgemeinschaften, vornehmlich auf Moscheevereine. Das führt notwendigerweise zum interreligiösen Zusammenleben und zur interreligiösen Zusammenarbeit, also zu dem, was wir den „indirekten, interreligiösen Dialog“ nennen. Beim „direkten interreligiösen Dialog“ geht es um religiöse und theologische Fragen. Er kommt vor Ort kaum vor.

Dafür kooperieren die verschiedenen Religionsgemeinschaften bei der Lösung der realen, sozialen und rechtlichen Probleme der Menschen. Es geht um die Integration in den Wohnblocks und in den Schulen, um Gerechtigkeit für Flüchtlinge. Es geht vor allem um den Abbau der gegenseitigen Ängste:

der Ängste der Einwanderer vor der anderen Kultur und Religion (oder Nicht-Religion) in Deutschland, und dann auch der Ängste der Einheimischen vor den anderen Sitten und Ritualen der Einwanderer. Dafür muss den Einwanderern die politische Kultur in Deutschland klargemacht werden. Es muss ihnen auch das Christentum erläutert werden, damit sie sich nicht mehr fürchten. Die christlichen Gemeinden werden die Einwanderer zu Weihnachten und Ostern zu sich einladen und dann auch zu den islamischen Festen in die Moschee gehen. Die Berührungsängste sind noch immer groß, aber sie verlieren sich, sobald die Unkenntnis überwunden wird.

Die verschiedenen Religionsgemeinschaften kooperieren bei der Lösung der menschlichen Probleme.

OFFEN UND VERBINDLICH

Europa zwischen Multilateralismus und Omnilateralismus

Als supranationale Organisation stellt die Europäische Union (EU) einen weltpolitischen Akteur sui generis dar. Ihre über 500 Millionen Einwohner erwirtschaften ein Viertel des Bruttonettoproduktes der Welt. Historisch und kulturell sind ihre Mitgliedsstaaten eng mit anderen Teilen der Welt verflochten. Die EU verfolgt eine Weltordnung auf der Grundlage eines „effektiven Multilateralismus“. Der ehemalige Mitarbeiter der Europäischen Kommission Wolfgang Pape plädierte beim Landauer Akademiegespräch am 5. Dezember 2013 dafür, diesen Multilateralismus zu einem „Omnilateralismus“ zu erweitern. Wir dokumentieren seine Ausführungen in einer redaktionell gekürzten Fassung.

Mit unserem europäischen Sozialmodell arbeiten wir für eine gerechte Ausgestaltung der Globalisierung, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Energie-, Klima- und Umweltpolitik, eine ausgewogene Weltwirtschaftsordnung auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit sowie eine stabile internationale Sicherheitsarchitektur. Mit ihrer Konditionalität, neben der Bekämpfung der Armut und der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung auch die Demokratie zu stärken, ist die EU in mehr als 140 Ländern, Regionen und Organisationen in aller Welt mit eigenen diplomatischen Vertretungen tätig.

Den Kern der EU-Diplomatie mit Drittländern bildet der Europäische Auswärtige Dienst (EAD). Er hat nunmehr 3400 Mitarbeiter, zu ungefähr einem Drittel Diplomaten aus den Mitgliedsstaaten. Im Drei-Jahres-Bericht der gegenwärtigen Hohen Vertreterin des EAD, Baroness Ashton, spricht sie von dem Aufbau ihres EAD als „trying to fly a plane while still bolting the wings on“. Ihr Flugzeug ist nunmehr zwar flügge, aber weiter der Kritik ausgesetzt. Daher beschreibt sie eher ihre „lessons learned“ als Erfolgserlebnisse. Dazu gehört eine Verminderung der Top-Posten in der EAD-Hierarchie. Eingestehen musste Ashton auch gewisse Probleme im Kontakt mit der Kommission, an die sie auch haushaltstechnisch noch eng gebunden bleibt. Mangelnder Zugang zu angemessenen Räumlichkeiten sind nur eine Folge der noch oft schwierigen Beziehungen zur Kommission wie auch zum Rat der EU.

Noch aktueller als der Drei-Jahres-Bericht Catherine Ashtons ist der bundesdeutsche Koalitionsvertrag. In ihm ist viermal von der Stärkung der EU die Rede. So heißt es etwa im Kapitel zur Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik: „Wir wollen eine starke und selbstbewusste Europäische Union, die den Globalisierungsprozess maßgeblich mitgestaltet und dabei entschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand eintritt.“

Ebenso gewünscht ist eine starke Rolle Europas in der Welt: „Wir wollen, dass die Europäische Union ihrer Verantwortung als Trägerin des Friedensnobelpreises auch künftig

gerecht wird. Sie muss in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts die internationale Politik mitgestalten und hierfür eine starke eigenständige Rolle wahrnehmen ... Die Europäische Union braucht mehr denn je eine strategische Diskussion, was sie mit vorrangig zivilen Mitteln oder gegebenenfalls auch militärischen Einsätzen erreichen kann und will. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten können wertvolle Hilfe beim Aufbau von Demokratie, rechtsstaatlichen Systemen und einer leistungsfähigen Verwaltung in Drittländern leisten. Das gilt insbesondere für die Bereiche der Polizei und Justiz.“

Wohl noch mehr als der EAD ist die EU-Kommission ein wichtiger internationaler Akteur. Seit der Zollunion ist die EU die treibende Kraft bei der verantwortungsbewussten Liberalisierung des Welthandels. In multilateralen Wirtschaftsforen und internationalen Finanzinstitutionen setzen sich die EU-Kommission und die EZB dafür ein, die zunehmende

Verflechtung der Weltwirtschaftsordnung mitzusteuern.

Im Bereich globaler Klima- und Umweltpolitik übernimmt die EU eine Vorreiterrolle. Mit dem Ende 2008 verabschiedeten Klimapaket soll die Geschwindigkeit der sogenannten neuen globalen industriellen Revolution vorgegeben werden. Die Reduktion von Kohlendioxid-Emissionen um 20 Prozent, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf 20 Prozent sowie die Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent sollen international wegweisend wirken – gerade im Hinblick auf die Erneuerung des 2012 ausgelaufenen Kyoto-Protokolls.

Das bisher Gesagte hätte ich auch noch als Kommissionsbeamter vortragen können. Lassen Sie mich daher nach zwei Jahren außer Dienst etwas persönlicher kritisch Stellung beziehen: Für mich ist besonders wichtig, dass Europa nach außen hin offen bleibt. Abschottung führt zu Armut, wie die Extremfälle Nordkorea oder Kuba und bis vor Kurzem Birma/

Die Regeln des Handels müssen für alle Partner der Europäischen Union gleich sein.



Zentrum europäischer Politik: Gebäude der EU-Kommission in Brüssel. (Foto: epd)

Myanmar zeigen. Zurzeit erleben wir eine Woge der bilateralen Handelsabkommen anstatt einer Öffnung des Welthandels. Welcher innovative Pfälzer Mittelständler kann sich die Zeit nehmen, die 1300 Seiten des Abkommens der EU mit Südkorea durchzuarbeiten, um günstiger seinen Wein in das Land der Morgenröte exportieren zu können? Besonders hart wird seine Arbeit, wenn er dann herausfindet, dass für die Ausfuhr ins Nachbarland Japan noch einmal ganz andere Bedingungen herrschen.

Nicht nur für unsere Unternehmen im Handel mit Drittländern muss Europa weltoffen zu allen Partnern bleiben. Deshalb plädiere ich für Omnilateralismus und nicht nur für Multilateralismus. Omnilateral muss die Grundlage einer effektiven Außen- und Handelspolitik der EU sein. Die Regeln des Handels müssen möglichst für alle Partner gleich sein. Omnilateral offen nach außen muss Europa auch deshalb bleiben, um von anderen lernen zu können.

Das beinhaltet, andere Kulturen nicht nur zu verstehen, sondern gegebenenfalls auch überlegene Elemente von ihnen zu übernehmen. Dazu gehört etwa die schnellere Informationsaufnahme durch Symbole, wie sie in Ostasien seit 4000 Jahren das visuelle Gedächtnis trainiert. Wir alle verbringen zunehmend den größten Teil der Informationsaufnahme vor einem Bildschirm. In Japan beträgt dieser Anteil des Visuellen bereits 90 Prozent. Bei dieser Tätigkeit ist unser Alphabet nicht sehr effizient. Deshalb hat etwa Bill Gates schon in den 1990er Jahren sein H-O-M-E durch das Symbol eines kleinen Häuschens ersetzt, um schneller zur Home-Page klicken zu können. Ebenso setzen wir Verkehrszeichen und ähnliche Symbole schneller in die Tat um als ausgeschriebene Worte.

„In einem Bild sind 1000 Worte“, lautet ein chinesisches Sprichwort. Ihre Symbolschrift in Piktogrammen haben die Chinesen transkulturell gemeinsam mit den Japanern. Deswegen hat auch die Weltraumsonde „Pioneer 10“ erstmals eine Plakette mit grundlegenden Symbolen der Menschheit für künftige Raumfahrer mitgenommen.

Wir sollten offen genug sein, um zu lernen, dass auch wir Europäer effizienter transkulturell kommunizieren können, indem wir uns europaweit auf Symbole einigen, um beispielsweise Gegenstände öffentlicher Ausschreibungen mit einfachen Symbolen darzustellen, anstatt sie in den 24 offiziellen Sprachen voll auszuschreiben. Unsere Jugend geht ohnehin schon in die Richtung der visuellen Zeichen statt der langen Worte. Denken Sie nur an die vielen Smilies und ähnliche bildliche Darstellungen wie Infogram, Graphic Novels und Manga.

GUTE ZUSAMMENARBEIT

Siegmar Schmidt über die Kooperation mit der Akademie

Eine wichtige Veranstaltungsreihe der Evangelischen Akademie der Pfalz sind die Landauer Akademiegespräche zusammen mit der Stadt Landau und dem Frank-Loeb-Institut. In der Nachfolge von Ulrich Sarcinelli, dem ehemaligen Vizepräsidenten der Universität Koblenz-Landau und Vorsitzenden des Kuratoriums der Evangelischen Akademie, leitet jetzt Siegmar Schmidt, Professor für Politikwissenschaft, das Institut. Martin Schuck sprach mit ihm über die Zusammenarbeit des Frank-Loeb-Instituts mit der Evangelischen Akademie der Pfalz.

Herr Professor Schmidt, Sie sind Leiter des Frank-Loeb-Instituts. Bitte klären Sie unsere Leserinnen und Leser auf, worum es sich bei diesem Institut handelt!

Das Frank-Loeb-Institut wurde 1998 von einem gemeinnützigen Trägerverein ins Leben gerufen. Dieser Trägerverein besteht bis heute aus Institutionen wie der Universität, Stadt und Kultureinrichtungen der Region. Das Institut hat seinen Sitz im Frank-Loeb'schen Haus. Dieses Haus wurde 1870 von Zacharias Frank gekauft, dem Ururgroßvater von Anne Frank. Es blieb im Besitz der Franks bis 1951. In den 1980er Jahren wurde das Haus von einer Bürgerinitiative vor dem Verfall gerettet. Das Institut ist eine Forschungsstelle für Politikvermittlung. Vom Institut werden in Kooperation mit gesellschaftlichen Institutionen Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen organisiert.

Was ist der derzeitige inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit?

Die Arbeit des Instituts ruht auf vier Säulen: Den Hambacher Gesprächen, den Akademiegesprächen, dem Semesterpolitikum und der Frank-Loeb-Gastprofessur. Die Hambacher Gespräche sind eine Veranstaltungsreihe mit herausragenden Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft. Organisiert

werden sie in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Hambacher Schloss. Einen Schwerpunkt bildeten in den letzten Jahren Diskussionen über eine angemessene Beteiligung der Bürger am politischen Leben. Die Landauer Akademiegespräche finden immer im Winterhalbjahr zusammen mit der Evangelischen Akademie und der Stadt Landau statt. Im Mittelpunkt stehen Fragen, die für die Grundorientierung eines freiheitlichen Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind. Das Semesterpolitikum besteht seit 1996 in Kooperation mit dem Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft. Gäste sind Politiker, Vertreter anderer Länder, Verfassungsrichter und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Der Fokus liegt auf Themen von besonderer aktueller gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Bedeutung. Die Frank-Loeb-Gastprofessur wird jährlich an herausragende Persönlichkeiten vergeben, die mit hoher Glaubwürdigkeit besondere Verdienste um Politikvermittlung und internationale Verständigung erworben haben, etwa Wolfgang Huber, Klaus Töpfer und Gesine Schwan.

Welchen Stellenwert hat für das Institut die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie der Pfalz?



Siegmar Schmidt. (Foto: pv)

Diese Kooperation ist eine tragende Säule. Sie wurde vom Nestor des Frank-Loeb-Instituts, Ulrich Sarcinelli, in Kooperation mit dem früheren Leiter der Akademie, Volker Hörner, initiiert. In diese großen Fußstapfen sind nun Christoph Pickler und ich getreten. Die Landauer Akademiegespräche haben sich fest etabliert und erfreuen sich eines großen Zuspruchs, in der Regel kommen zwischen 90 und 140 Interessierte in das Alte Kaufhaus, bei bekannten Referenten auch deutlich über 200. Die Zusammenarbeit mit Herrn Pickler läuft hervorragend. Wir

arbeiten bei Themenfindung und Referentengewinnung und bei der Durchführung der Großveranstaltungen der Landauer Akademiegespräche sehr gut zusammen.

Wir freuen uns auch sehr darüber, dass Mitarbeiter der Akademie wie Georg Wenz und Hendrik Quandt als Lehrbeauftragte in der Abteilung Politikwissenschaft tätig sind. Das Institut ist auch an der Tagung zur Reformation und Macht Anfang Juli dieses Jahres beteiligt. *Gibt es für Sie als Politikwissenschaftler Themen, die Sie gerne mit der Evangelischen Akademie zusammen bearbeiten würden?*

Ja, es gibt eine äußerst breite Palette von Themen, die im beiderseitigen Interesse sind, beispielsweise Nachhaltigkeit, Religion und Gesellschaft, Europäische Integration, Nahostkonflikt, Zuwanderung und Integration. Vor dem Hintergrund der Konflikte in Libyen, Mali, Syrien und in der Ukraine und der Gründung einer Friedensakademie in Landau widmen sich die Akademiegespräche im kommenden Winterhalbjahr dem Thema Frieden.

Welchen persönlichen Zugang haben Sie zur Arbeit der Evangelischen Akademie oder, noch weitgehender, zur Arbeit der Kirchen?

Aus meiner Perspektive spielen beide christlichen Kirchen eine wichtige Rolle für die Gesellschaft. Sie sind Orte und Organisatoren gesellschaftlicher Dialoge über aktuellen Herausforderungen der Zeit. Sie bringen vor allem die Werteperspektive und Fragen der Ethik in die politischen und gesellschaftlichen Diskurse ein. Damit ergänzen sie die sozialwissenschaftlichen Beiträge und können, so meine Überzeugung, Angebote zur Orientierung in unserer sich fortlaufend veränderten Gesellschaft machen.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex und Informationen über weitere Veröffentlichungen.



Werner Simon, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau

**GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.**

RELIGION UND POLITIK

Über das Verhältnis von Religion und Politik wird kontrovers diskutiert: Staatsleistungen, Religionsunterricht, Sonntagsschutz, Bioethik, Kreuze im Klassenzimmer oder im Gerichtssaal, Beschneidung, Kopftuch und Minarett. Sollen Religionen im öffentlichen Raum präsent sein? Ist es gerechtfertigt, dass Religionsgesellschaften den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts haben – mit allen Rechten und Pflichten? Oder tut es der Gesellschaft besser, wenn Religion Privatsache ist?

Eine konsequente Trennung von Kirche und Staat fordern nicht nur Atheisten. Neben den „Laizistinnen und Laizisten in der SPD“ hat sich 2013 ein Arbeitskreis „Säkulare Grüne“ formiert. Religionssoziologen konstatieren ein wachsendes „Unbehagen“ an der Religion. Die Ursachen erscheinen komplex: ein bedrohlich erscheinender Islam, religiös grundierte Gewalt, Missbrauchs- und Finanzskandal in der römisch-katholischen Kirche, Glaubwürdigkeitslücken, biografische Erfahrungen mit repressiver Religion, fehlende religiöse Bindungen oder gefestigte areligiöse Überzeugungen.

Wie ist diese Entwicklung einzuschätzen? Markieren die Diskussionen um Politik und Religion weitere Schritte im fortschreitenden Prozess der Säkularisierung – oder leben wir in einer postsäkularen Gesellschaft? In Deutschland sind Kirche und Staat voneinander getrennt und doch eng aufeinander bezogen. Die Beziehungen sind komplex – und sie sind in Bewegung: Eine wachsende Zahl Konfessionsloser, die Präsenz des Islam in Deutschland und die europäische Integration verändern die Lage.

Die Tagung bietet eine Standortbestimmung und fragt nach einer zukunftsfähigen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen dem Religiösen und dem Politischen. Der Münsteraner Historiker Thomas Großbötting skizziert die Entwicklung des

politischen Einflusses der Religionsgemeinschaften in Deutschland seit 1945, die Politikwissenschaftlerin Manuela Glaab diskutiert mit der Politikerin Barbara Schleicher-Rothmund, der Religionssoziologe Gert Pickel analysiert das „Unbehagen an der Religion“, der Bundestagsabgeordnete Lars Castellucci und der kirchliche Beauftragte am Sitz der saarländischen Landesregierung Frank-Matthias Hofmann stellen sich Fragen aus der „Jungen Akademie“. Der Theologe Günter Geisthardt und der Staatsrechtler und Kirchentagspräsident 2013 Gerhard Robbers fragen nach dem Beitrag des Protestantismus zu einer zukunftsfähigen Verhältnisbestimmung von Religion und politischer Macht.

In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Rheinland-Pfalz/Saarland, dem Frank-Loeb-Institut an der Universität Koblenz-Landau, dem Institut für Evangelische Theologie der Universität Koblenz-Landau und der Evangelischen Akademikerschaft Pfalz-Saar.

Machtfaktor Religion – Tagung zu „Reformation und Politik“

Termin: 4. und 5. Juli 2014

Ort: Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus, Landau
Kosten: 90 Euro (ermäßigt 55 Euro), Teilnahme für Schüler und Studierende kostenfrei, verbindliche Anmeldung erforderlich

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname	Name
e-mail	Beruf
Straße/Nr.	
PLZ/Ort	
Tel. privat	Tel. dienstlich

AKADEMIEPROGRAMM

Stand Mai 2014

19. bis 21. Mai, Abschlusskonferenz in Sigtuna, Schweden

Religion, Media and Politics

In Kooperation mit dem europäischen Netzwerk oikosnet wurden zwischen Herbst 2012 und Mai 2014 in mehreren europäischen Akademien Tagungen zur Bedeutung der Medien in Religion und Politik durchgeführt. Die Abschlusskonferenz bündelt die Ergebnisse und fragt nach den Konsequenzen auch für die künftige internationale Zusammenarbeit. Die Evangelische Akademie der Pfalz präsentiert ihre Tagung „The Making of Enemies“.

23. bis 25. Mai, Tagung in Landau,

Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus

Nanu? Nano! Wie die Nanotechnologie unser Leben verändert

Viele Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Nanotechnologie die Welt und die Gesellschaft revolutioniert. Mit ihrer Hilfe sollen zielgenauere Medikamente gegen Alzheimer und Parkinson entwickelt, in der Krebstherapie die Diagnose und Therapie von Tumoren verbessert werden. Wie könnte die Nanotechnologie unser Leben verändern? Wie sehen die Vorteile und Risiken aus?

Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

3. Juni, 19 Uhr, Lektürekreis in Ludwigshafen, Alemi Islam Moschee

Christen und Muslime lesen gemeinsam Bibel und Koran – Jesu Tod

Der Koran lehnt die Kreuzigung Jesu und damit die Zentralstelle christlicher Erlösungslehre ab. Stattdessen setzt er an das Ende des Lebens Jesu dessen Entrückung. Wie wird diese Ablehnung begründet, und welche Folgen zeitigt sie für das Verständnis der Person Jesu im Unterschied zum neutestamentlichen Messias? In der Gesprächsreihe stehen Bibel und Koran im Mittelpunkt. Christen und Muslime lesen gemeinsam ausgewählte Texte der beiden Heiligen Schriften und erkunden Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede. In Kooperation mit dem Christlich-islamischen Gesprächskreis Ludwigshafen.

9. bis 14. Juni, Tagung in Hochspeyer, Jugendherberge

„... und werdet wie die Roboter“ – Zur technischen

Neuerfindung des Menschen in der künstlichen Intelligenz

Die Technologie geht dem Menschen mehr und mehr unter die Haut. Implantate in der Medizin (Herzschrittmacher, Hörgeräte, Neuroimplantate und so weiter) bilden erst den Anfang. Die Tagung geht den individuellen und gesellschaftlichen Folgewirkungen der technischen Neuerfindung des Menschen in der Intelligenz nach.

Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

20. bis 22. Juni, Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing

Wissenschaft und Politik – Über Wahrheiten und Mehrheiten

Die Tagung richtet sich an junge Verantwortungsträger in Wissenschaft und Politik und lotet das komplexe Beziehungsverhältnis zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft in verschiedenen Hinsichten aus: Fragen der Wissenschaftsfinanzierung werden ebenso wie Probleme der Selbstkontrolle, Wege der Wissenschaftskommunikation ebenso wie Formen der Politikberatung und Bürgerbeteiligung gemeinsam mit Referenten aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft thematisiert.

Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

Auf persönliche Einladung.

27. bis 29. Juni, Tagung in Heppenheim, Jugendherberge Starkenburg

Was ist Biodiversität? –

Zur ökologischen Zukunft unserer Lebenswelt

Der Begriff Biodiversität umfasst die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten, die genetische Vielfalt innerhalb der Arten und die Vielfalt der Ökosysteme. Das Jahrzehnt 2011 bis 2020 wurde von der Uno zur Internationalen Dekade der Biodiversität erklärt. In der Tagung werden Nutzen und nachhaltige Nutzung der Biodiversität erläutert.

Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

e-mail: info@eapfalz.de > www.eapfalz.de